



Selten bedurfte die Politik so sehr des wissenschaftlichen Rates wie in der derzeitigen Corona-Krise. Das spiegelt sich auch in der öffentlichen Meinung wider. Letztes Jahr stimmten in drei Umfragen der gemeinnützigen GmbH „Wissenschaft im Dialog“ jeweils etwa drei Viertel der Befragten der Aussage zu, dass Corona-Maßnahmen der Regierung auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen sollten. Auch das allgemeine Vertrauen in die Wissenschaft erreichte einen Höchststand. In der April-Umfrage gaben 75 Prozent der Befragten an, der Wissenschaft „voll und ganz“ oder zumindest „eher“ zu vertrauen.

Dass allerdings dieser Anteil der Vertrauenden bis November 2020 wieder auf 60 Prozent abgefallen ist, kann nicht beruhigen. Es bleibt beachtlicher Nährboden für politische Strömungen, denen es nicht auf die Lösung praktischer Probleme ankommt. Damit stellt sich die Frage, was die Wissenschaft selbst beitragen kann, um sich Vertrauen zu verdienen.

### Vertrauen in die Wissenschaft

Vor allem die Naturwissenschaften streben nach Erkenntnissen über die

# Vertrauens- sache

Wirklichkeit. Dies verbindet die Wissenschaft mit dem Gemeinwohl. Nur wenn wissenschaftliche Aussagen über die Wirklichkeit zutreffen, bilden sie eine verlässliche Grundlage für „gute“ Entscheidungen der Politik.

Über „Tatsachen“ lässt sich – angeblich – nicht streiten. Dennoch sind Zweifel unverzichtbare Elemente wissenschaftlichen Fortschritts. Denn es muss möglich sein, einmal als belegt angesehene Erkenntnisse richtigzustellen. Allerdings ist es Sache der Wissenschaften, die Standards für Evidenz festzulegen. Demjenigen, der außerhalb der Wissenschaften steht, bleibt nichts anderes übrig, als der Wissenschaft zu vertrauen. Vertrauen bezeichnet eine Beziehung zwischen Personen. Damit muss sich der Blick auf die Faktoren richten, die Vertrauen in Wissenschaftler begründen.

### Was schafft Vertrauen in die Wissenschaftler?

In ihrem jährlichen Wissenschaftsbarometer bestimmt „Wissenschaft im Dialog“ auch den Grad der Zustimmung zu denkbaren Faktoren für Vertrauen in Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. An der Spitze steht deren

---

In der Corona-Pandemie erreichte das allgemeine Vertrauen in die Wissenschaft einen Höchststand. Aber was motiviert die Wissenschaft eigentlich zur **Glaubwürdigkeit**, und wie entsteht Vertrauen im komplexen Gefüge aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft?

---

Von **Josef Dexl**

Experteneigenschaft. Im Jahr 2020 stimmten 70 Prozent der Befragten der Aussage zu, man könne Wissenschaftlern vertrauen, weil sie Experten in ihrem Fach seien. An zweiter Stelle rangierte mit 62 Prozent die Orientierung von Forschung an Regeln und Standards. Erst an dritter Stelle folgt mit 44 Prozent deren Gemeinwohlorientiertheit.

Die Experteneigenschaft verweist auf die Qualifikation von Wissenschaftlern. Allerdings hängt diese von der konkreten Sachfrage ab. Wie schwierig es werden kann, zeigt das Beispiel der Stellungnahme von 100 Lungenfachärztinnen und -ärzten, in der Anfang 2019 die wissenschaftliche Legitimation der Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide bestritten wurde. Ärzte genießen besonders großes Vertrauen. Aber Lungenfachärzte behandeln Erkrankungen nur eines bestimmten Organs; sie erforschen nicht generell die Kausalzusammenhänge zwischen Umweltgiften und der öffentlichen Gesundheit.

Der zweite Faktor richtet den Fokus auf die Beglaubigung wissenschaftlicher Erkenntnisse, indem Regeln und Standards eingehalten werden. Diese Orientierung an Regeln ermöglicht es, wissenschaftliche Ergebnisse zu überprüfen. Dies gilt nicht nur für die Naturwissenschaften: Die Sozialwissenschaften benutzen standardisierte Kriterien dafür, ob empirische Studien verlässlich sind. Und selbst in den Geisteswissenschaften lässt sich von „diskursiver“ Evidenz sprechen. Gute Wissenschaft überzeugt hier vor allem durch die Nachvollziehbarkeit der Argumente.

Die Gemeinwohlorientiertheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als dritter Faktor entspricht dem Ideal des intrinsisch motivierten Forschers. Institutionell abgesichert ist sie durch die Wissenschaftsfreiheit. Dennoch erscheint die Gemeinwohlorientiertheit von Forschung besonders gefährdet. Auch das Wissenschaftsbarometer von „Wissenschaft im Dialog“ weist darauf hin, dass die Fehlsteuerung der Motivation von Wissenschaftlern Misstrauen hervorruft. So nannten 49 Prozent der Befragten in der Erhebung von 2020 als Grund für ihr Misstrauen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler seien von Geldgebern abhängig. An zweiter Stelle (25 Prozent)



**Es stellt sich die Frage, was die Wissenschaft selbst beitragen kann, um sich Vertrauen zu verdienen.**

rangierte die Befürchtung, Wissenschaftler würden ihre Ergebnisse eigenen Erwartungen anpassen. Erst an dritter Stelle wurde die Gefahr genannt, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern häufig Fehler unterlaufen.

### **Korruptierbarkeit von Wissenschaft**

Wissenschaftliches Streben nach Erkenntnis dient jedoch nicht per se dem Gemeinwohl. Gerade was ihre Anwendung angeht, erweisen sich wissenschaftliche Erkenntnisse oft als ambivalent. Dies gilt etwa für den digitalen Bereich: Künstliche Intelligenz ermöglicht zahlreiche Anwendungen von gewaltigem sozialen Nutzen, sie lässt sich aber auch als Mittel zur Komplettüberwachung der Bevölkerung einsetzen.

Solche Beispiele zeigen, dass vor allem die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnis in Anwendungen zu regulieren ist. Doch auch die Durchführung „zweckfreier“ Grundlagenforschung ist an die Beachtung zentraler gesellschaftlicher Werte gebunden: Empirische Forschung muss das Datenschutzrecht beachten, biologische Forschung steht nicht über dem Tierschutz, eigenes Erkenntnisinteresse darf nicht verabsolutiert werden. Erst recht problematisch wird es, wenn ein übersteigertes Verlangen nach wissenschaftlicher Reputation und Karriere zur bewussten Fälschung von Forschungsergebnissen führt. Die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft wird nicht nur durch „wissenschaftliche Fake News“ beeinträchtigt, sondern durch jede Form wissenschaftlichen Fehlverhaltens. Hierzu gehört auch das Plagiat.

Und schließlich gibt die Korruptierbarkeit von Wissenschaftlern durch Wirtschaft und Politik Anlass zur Sorge. Zwar stehen wirtschaftliche Interessen in keinem grundsätzlichen Widerspruch zur Wissenschaft, gerade an unternehmensinterner Forschung besteht sogar ein öffentliches Interesse. Ebenso sind wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Grundlagenforschung in den Bereich unternehmerischen Handelns zu überführen. Denn nur wenn die Kommerzialisierung der Grundlagenforschung gelingt, entsteht praktischer Nutzen für die Gesellschaft. Auch gilt es zu beachten,

dass nicht jede externe Einflussnahme falsche Ergebnisse hervorbringt oder gar darauf abzielt. Forschungsförderung durch die Wirtschaft, etwa in Form von Stiftungsprofessuren, ist nicht generell zu kritisieren.

Dennoch gibt es Fälle der Korruptierbarkeit bei wissenschaftlichen Aktivitäten, bei denen wissenschaftliches Erkenntnisinteresse und ökonomisches Interesse eng verwoben sind. Diese Fälle sind besonders schwer zu identifizieren. Bedenklich wird es, wenn wissenschaftliche Reputation instrumentalisiert wird, um ökonomischen Partikularinteressen eine höhere Legitimation zu verschaffen. Allerdings lässt sich hier schlecht mit Verboten operieren, da auch solche Wissenschaft nicht per se aus dem Schutzbereich der Wissenschaftsfreiheit fällt. Vielmehr sind die bestehenden Abhängigkeiten und Einflussnahmen transparent zu machen. Zu den Geboten der wissenschaftlichen Ethik sollte es daher gehören, dass jede wissenschaftliche Einrichtung umfassend über ihre Finanzierung informiert und jeder Wissenschaftler – insbesondere in Veröffentlichungen – auf mögliche externe Abhängigkeiten hinweist, die zur Besorgnis der Befangenheit Anlass geben können. Grundsätzlich ist die Wissenschaft angehalten, durch Regeln guter wissenschaftlicher Praxis ihrer Korruptierbarkeit entgegenzuwirken.

### **Wissenschaft und Politik**

Erwünscht ist auch, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Politik beraten. Es besteht jedoch die Gefahr, dass wissenschaftliche Beratergremien ergebnisorientiert zusammengesetzt, wissenschaftliche Gutachten ergebnisorientiert in Auftrag gegeben werden oder Politiker angreifbare „wissenschaftliche“ Äußerungen unreflektiert zur Legitimation eigenen Verhaltens übernehmen. Umgekehrt stellt sich für Wissenschaftler die Frage, wie weit sie mit Kritik an der Politik gehen dürfen. Einerseits tragen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler besondere staatsbürgerliche Verantwortung und sollten Politik und Gesellschaft auf die negativen Folgen von politischen Entscheidungen

## **Genauso haben Wirtschaft und Politik die Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnisse zu nehmen.**



hinweisen. Politisch verantwortlich bleiben aber allein die Politikerinnen und Politiker. Sie müssen den Bürgerinnen und Bürgern überzeugend erklären, dass sie vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Erkenntnisse die kollidierenden gesellschaftlichen Interessen angemessen abwägen.

### **Vom angemessenen Umgang miteinander**

Auch die Akteure in Wirtschaft und Politik müssen für einen angemessenen Umgang mit der Wissenschaft sensibilisiert werden: Sie sollten vor allem wissenschaftliche Autorität respektieren. Sie sollten weder anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse leugnen noch sie einfach ignorieren. Genauso müssen Wirtschaft und Politik die Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Kenntnis nehmen. Sie sollten den Aussagegehalt wissenschaftlicher Stellungnahmen nicht „überinterpretieren“. Dies setzt aber eine grundsätzliche Vertrautheit mit der Leistungsfähigkeit von Wissenschaft sowie ihren Regeln und Prozessen voraus.

Es ist auch legitim, dass Wissenschaftsorganisationen sich dazu äußern, welchen Umgang sie von Wirtschaft und Politik mit der Wissenschaft – in all ihrer Komplexität, ihren immanenten Unsicherheiten und Ausdifferenzierungen – erwarten. Wissenschaft, Wirtschaft und Staat tragen gemeinsam Verantwortung für die Förderung und den Erhalt von Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Wissenschaft.

---

#### **Prof. Dr. Josef Drexl, LL.M.,**

ist Geschäftsführender Direktor am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb in München und forscht insbesondere zu Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht. Er ist Mitglied der BADW und war gemeinsam mit Christoph Neuberger von 2017 bis 2021 Sprecher der Ad-hoc-AG „Faktizität der Welt“.

---